

reine nicht in dem Kurzsch...  
ange konsum...  
dem Kleinen...  
rund tausend...  
deutscher...  
sicherer...  
sicherer...  
zusammen...  
fünftel...  
wird un...  
Ange...  
summen...  
ver...  
von den...  
mit den ande...  
smitteln und...  
Wettbewerb...  
die Frage...  
ersten, wenn die...  
und Preis...  
Die Zentrale...  
Kontroll...  
herstellung...  
des Kap...  
Arbeitsbe...  
beschäftigten...  
Inhalt...  
sich verklein...  
durch stant...  
Einrichtung...

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1,50 einschl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1,40 einschl. 13 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Beleggeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. R. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Bogz.-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Restamesse 60 J., Sammel-Anzeigen 50%  
Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufrufe und Adress-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 5113

Nr. 242

Gegründet 1827

Samstag, den 15. Oktober 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

### Der Prozeß gegen das Reich

Leipzig, 14. Oktober.

Zum Schluß der gestrigen Verhandlung erklärte der Sachverständige Prof. Dr. Jacobi (Leipzig), Artikel 48 Abs. 1 der Reichsverfassung habe den Sinn, daß zur Erzwingung einer Dauerpflichtung eines Landes die Einsetzung eines Reichskommissars diene, dem die Regierung eines Landes so übertragen werden könne, daß das Land vorübergehend wie eine Reichsprovint verwalte werde. Es sei aber auch möglich, einen Kommissar als Erfahrgang an Stelle der Landesregierung zu setzen, so daß der Kommissar im Namen des Landes handle.

Ministerialdirektor Dr. Brecht verlas dann noch eine Erklärung des Ministers Severing über eine Unterredung mit dem Reichsinnenminister von Gopl, die etwa Mitte Juni stattfand, über Gerüchte einer Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach den Unruhen der vorausgegangenen Tage. Auf Severings Frage, ob die Reichsregierung die Einsetzung eines Reichskommissars plane, habe er keine bestimmte Antwort erhalten. Wenn größere Unruhen eintreten, dann könne er (Severing) sich sehr wohl vorstellen, daß das Reich zu ihrer wirksamen Abwehr die eigenen Nachmittels (Reichswehr) mit den Polizeikräften Preußens zusammenfassen würde. Nicht die Einsetzung eines besonderen Kommissars, sondern eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen würde wohl die zweckmäßigste Maßnahme darstellen. Niemals sei es ihm eingefallen, Herrn von Gopl zu Exekutivmaßnahmen gegen das Land Preußen zu drängen, und dazu unter dem Vorwand der Pflichtverletzung preussische Minister und Beamte aus ihren Komteern zu wecheln.

Der Vertreter Bayerns, Prof. Dr. Rawiaska (München), erklärte: Wir sind uns doch alle darüber klar, daß wir hier in einer historischen Stunde stehen. In diesem Saal wird ein Stück deutscher Geschichte gemacht. Es ist dazu gekommen, weil die Reichsregierung die wichtigste Grundlage Deutschlands verkannt hat, nämlich das „Bundesstaatsliche Fundament“. Die Länder seien jetzt unter die Räder gekommen. Sie würden aber sicherlich wieder freitommen. Wenigstens in Bayern bestände da gar keine Gefahr. 60 v. H. des Föderalismus beständen nicht mehr. Die übrigen 40 v. H. sollten nach Ansicht des Reichs das Gnadenbrot bekommen. Wenn jetzt der Staatsgerichtshof dem Reichspräsidenten das Recht gebe, gegen das größte Land Deutschlands so vorzugehen, dann bestände die Gefahr einer Vorüberherrschschaft. Wenn der Staatsgerichtshof in diesem Fall dem Reichspräsidenten die ganze Nacht zuspreche, so sei damit eine Rechtsnorm für immer geschaffen. Er wisse, daß der Staatsgerichtshof von sich aus eine Rechtsnorm für sich nicht machen dürfe, sondern müsse sich nicht mit der Entscheidung eines Einzelsfalls begnügen.

Prof. Dr. Heller bemerkte erzent, die Reichsregierung habe andeurend den ausschließlichen Zweck verfolgt, die SPD. aus der preussischen Regierung herauszuwickeln und die Mitglieder anderer Parteien einzulassen. Reichsgerichtspräsident Bumke ermahnte Heller, er möge dem Temperament nicht zu sehr die Zügel schenken lassen.

In der Nachmittagsstimmung verlas der Vertreter des Reichs Dr. Gottheimer ein inwischen eingegangenes Schreiben des Reichsministers des Innern von Gopl:

Die am 12. Oktober dem Staatsgerichtshof vorgelegten Darlegungen des Ministers Severing beschäftigen voll die wesentlichen Punkte meiner früheren Angaben, denn sie enthalten die Bestätigung, daß auch Minister Severing die Notwendigkeit zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Möglichkeit, alle Kräfte des Reichs in einer Hand zusammenzufassen, sehr wohl sich vorstellen konnte. In diesem Zusammenhang sind die Worte gefallen, daß er, Severing, sich dem Geschehen über die bevorstehende Einsetzung des Reichskommissars nicht beteilige, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde vermeiden lassen. Dieser Teil des Geschehens endete mit den Worten Severings: „Warten Sie nicht zu lange!“ Die Frage, in welchen Formen der Reichskommissar eingesetzt werden solle, ist zwischen uns nicht näher erörtert worden, nur der Gedanke der Personalunion ist später grundsätzlich gestreift worden. Wenn Minister Severing auch der Man vorgeschwebt hat, der vor einem Jahr zwischen Ministerpräsidenten Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden sein soll, so konnte mir dieser Gedanke nicht vorfallen, weil ich erst zwei Monate später davon erfuhr. Ich habe von der Unterredung den mich hart berührenden Eindruck mitgenommen, daß Severing die Lage genau so beurteile wie ich. Von diesem Teil der Unterredung habe ich danach meine enghen Mitarbeiter in Kenntnis gesetzt.

Auf die Verlesung dieser Erklärung folgte abermals eine ungewöhnlich erregte Auseinandersetzung. Ministerialdirektor Dr. Gottheimer verlas dann noch folgendes Telegramm Reichskanzler v. Bahrns: „Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der preussischen Regierung vom 11. Oktober vor dem Staatsgerichtshof bezeichneten Art sind weder von

mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt, und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt, von Bapen, Reichskanzler.“

Ministerialdirektor Dr. Gottheimer fuhr fort, daß der Reichskanzler in diesem Zusammenhang Wert darauf lege, darauf hinzuweisen, daß er sich sehr ernstlich bemüht habe, so bald wie möglich nach seinem Amtsantritt die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten herbeizuführen. Insbesondere habe er solche Verhandlungen mit dem Zentrum und den Nationalsozialisten gepflogen.

In der Verhandlung am Freitag hob Prof. Schmitt für die Reichsregierung hervor, daß in Art. 48 Abs. 2 dem Ermessen des Reichspräsidenten ein ganz bedeutender Spielraum gegeben sei. Man dürfe den staatlichen Rechtsstand nicht übersehen. Die im preussischen Fall erfolgte Schöpfung eines Erfahrgangs, das die Landesstaatsgewalt ausübt, sei ein Minimum gegenüber den bestehenden Möglichkeiten. Man dürfe nicht vergessen, daß das Reich außer seinen 100 000 Mann Reichswehr keine Exekutivgewalt gegenüber einem Land habe. Ministerialdirektor Dr. Brecht erwiderte, dem Artikel 48 Absatz 2 seien ganz bestimmte Grenzen gezogen. Der Reichspräsident erhalte gewisse Zuständigkeiten, die in normalen Fällen andere hätten. Einem nach Artikel 48 Absatz 2 bestellten Reichskommissar könne die vollziehende Gewalt übertragen werden. Anordnungen, die nicht der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern anderen Zwecken dienen, kann er nicht erlassen.

Dr. Gottheimer gibt folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preussischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im preussischen Landtag muß sich eine Mehrheit finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Reichskommissar wird wie bisher auf diese Regierungsbildung hinwirken. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage insbesondere nach der Reichstagswahl ab. Sie lassen sich im einzelnen heute von niemanden klar übersehen.“

### Neue Nachrichten

#### Der Mißbrauch mit preussischen Staatsgeldern

Berlin, 14. Okt. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags beschloß im Anschluß an den Vortrag des Abg. Steuer auf Antrag der Nationalsozialisten mit den Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen bei Stimmhaltung der Kommunisten, die Akten an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben mit dem Ersuchen, gegen die schuldigen Personen sofort ein Strafverfahren einzuleiten und sie in Haft zu nehmen. Der Antrag richtet sich besonders gegen den früheren Finanzminister Klepper. Weiter wurde beschlossen, am Dienstag in eine Jugendversammlung über den Fall „Königliche Volkszeitung“ einzutreten und als Helden der Ministerpräsidenten Braun, die Minister Hirslefer, Klepper und Höpfer, Aschoff, den Prälaten Kaas, Konsul Maus von der „Königlichen Volkszeitung“ und den Vorstehern der rheinischen Zentrumspartei Könnig zu vernehmen.

#### Hugenberg gegen Parteiherrschaft

Stendal, 14. Okt. In einer deutschnationalen Wahlversammlung führte Dr. Hugenberg aus: Das politische Problem für Deutschland kommt auf die Frage hinaus, ob wir den Staat oder die Partei wollen. Die Deutschnationalen unterstützen den neuen Kurs, der mit der Regierung Bayern eingeleitet wurde, weil sie sich für den Staat entscheiden. Sie seien nicht Gegner des Parlaments an sich, das als Kontrollorgan der Regierung eine große Bedeutung haben kann, sondern sind Gegner des Parlaments als Regierungsorgan. Sie seien auch nicht Gegner der Parteien an sich, sondern nur Gegner der im Parlamentarismus von Weimar begründeten Parteiherrschaft. Mehrheitsentscheidungen in Schicksalsstunden des Volks seien immer Freiheitsentscheidungen gewesen. Das war in Deutschland anlässlich der Friedensentscheidung von 1917 so und war so bei der Abstimmung über den Versailler Vertrag, über den Dawesvertrag, über den Youngvertrag. Wirkliche Entscheidungen seien in Deutschland meist nur gegen Parlamentsmehrheiten erzwungen worden. Der Regierung rufen wir die erste Mahnung zu, daß sie sich in ihrer Aufräumungsarbeit, die Voraussetzung für jeden Wiederaufbau ist, nicht durch das Geschrei derjenigen leiten läßt, die davon betroffen sind. Die Amtsenthebung der Braun und Severing und die Verlesung des schwarz-roten Systems als „Reaktion“ zu brandmarken, entspricht parteipolitischer Demagogie. Was hier geschah, sei kein Rückschritt, sondern eine notwendige Tat gegenüber einem rückwärtigen, längst überlebten System.

### Tagespiegel

Der Reichspräsident hat am Freitag den Reichskanzler zum Vortrag empfangen.

Im Völkerbundsausschuß für Herabsetzung der Heeresstärke machte am Freitag der französische Vertreter Maffioli einen Vorschlag gegen die deutsche Schußpolizei, die entgegen dem Vertrag von Versailles militärisch ausgebildet werde und mit Maschinengewehren ausgerüstet sei. Ihre Zahl, die angeblich 140 000 Mann betrage, könne man nicht genau. Die Schupo sei vollständig der Reichswehr zuzurechnen. Zu diesem Ansatze der angeforderten „Entkühlungen“ wird in Berlin halbamtlich erklärt, daß von den 140 000 Mann 35 000 kommunale Volkspolizisten sind und daß vom Rest etwa ein Drittel im Verwehndienst verwendet wird. Von den übrigen zwei Dritteln ist die Mehrzahl nicht kaserniert; kaserniert sind nur die 350 Postpöbelbataillone von 60 bis 100 Mann, die im Reich verteilt sind. Im übrigen ist die Ausbildung und Bemessung der Schupo von so besonderer Art, daß ihre Einsetzung in die Reichswehr und die Verwendung gegen fremde Gegner eine technische Unmöglichkeit wäre.

Die Regierung in Heßen beschließt die Schlachtsteuer einzuführen. Der Finanzausschuß des Landtags hat einstimmig die Regierung ermächtigt, von der Steuer Abstand zu nehmen.

Der Alterspräsident des preussischen Landtags, General Ehmann, ist von den Nationalsozialisten im Wahlkreis Frankfurt a. O. Grenzmarkt als Spitzenkandidat zur Reichstagswahl aufgestellt worden. Die Kuffelstung hat den Zweck, zu verhindern, daß Clara Felsin nicht neubirinos als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnet. General Ehmann ist 80 Jahre alt.

Nach amtlicher französischer Mitteilung haben sich die französischen und englischen Minister bei der Londoner Besprechung geringigt, eine halbamtliche vorbereitende Konferenz in Genf abzuhalten. Die englische Regierung hat die Zustimmung und Beteiligung Italiens und Deutschlands erbeten, um Mittel zu suchen, das von der Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbunds unternommene gemeinsame Werk wieder aufzunehmen.

Italien hat die Einladung angenommen, Deutschland hat den Ort Genf abgelehnt.

Herriot ist Freitag nachmittag von London nach Paris zurückgereist.

### Wahlaufruf der SPD.

Berlin, 14. Okt. Der Vorstand der SPD. fordert in einem Wahlaufruf die „Enteignung der staatsstreikrüsteren Dynastien“ und des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, die planmäßige Leitung der Wirtschaft durch einen sozialistischen Staatswillen. Die Nationalsozialisten hätten der sozialen Reaktion in den Sattel geholfen. Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik habe der Reaktion den Weg zur Macht geebnet. Die Kommunisten haben in zahllosen Parlamentsabstimmungen und beim Volkentische am 9. August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegen die demokratische Republik geführt.

### Neufassung des Wirtschaftsprogramms der NSDAP.

München, 14. Okt. In einer geschlossenen Verammlung der NSDAP. sprach gestern abend Gottfried Feder über das neugefaßte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Grundforderungen des Programms seien direkte Arbeitsbeschaffung für zwei Millionen Menschen auf Grund von Auftragserteilung für staatliche Anlagen im Ausmaß von fünf Milliarden Mark, Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, Um- und Entschuldung der gesamten Wirtschaft durch Zentralisierung aller privaten und öffentlichen Schuldverhältnisse, „Brechung der Zinsnechtigkeit“, Aenderung des Stillhalteabkommens und einheitliche Regelung der Auslandsschulden, Stärkung des Binnenmarkts, Wegfall der produktionshemmenden Steuern, Wiederherstellung des deutschen Staatskredits durch Sanierung der öffentlichen Finanzen, staatliche Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, Wiederaufbau des Haus- und Grundbesitzes und schließlich nationale Verkehrswirtschaft und Neuregelung der Tarife.

### Bier-Mächte-Konferenz in Genf

Paris, 14. Okt. Havas meldet aus London über die Besprechungen, Herriot dringe darauf, daß der deutsche Gleichberechtigungs-Anspruch dem Urteil des Völkerbundrats und der Abrüstungskonferenz vorbehalten bleibe. Entgegenkommend habe er eine Vorbesprechung der vier Mächte zugestanden, diese müsse jedoch in Genf stattfinden und dürfe nur vorbereitenden Charakter haben. Von weiterer französischer Abrüstung könne nur die Rede sein, wenn außer den Beiträgen von Versailles, Locarno und dem Kelloggpaß zusätzlich neue Sicherheitsbürgschaften gegeben werden. Eng-





Land lehne dagegen neue Verpflichtungen ab und schlage vor: 1. Deutschland solle sich auf 10jährigen politischen Waffenstillstand verpflichten, während dessen es den jetzigen Gebietsstand anerkenne; 2. Deutschland sollen alle Waffenarten erlaubt sein, aber nur in beschränktem Umfang; 3. die übrigen Staaten haben fortzuleiten abzurufen.

Ein belgischer Sicherheitsplan

London, 14. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ glaubt mitteilen zu können, daß der belgische Jurist Professor Bourquin einen Sicherheitsplan ausgearbeitet habe, der allenfalls den französischen Plan ersetzen könnte. Dieser Plan umfasse ein Welt- und ein europäisches Abkommen. Das erstere sehe eine allgemeine Beratung zwischen den Unterzeichnungsmächten des Kellogg-Pakts vor, an der sich wohl die amerikanische Regierung beteiligen würde. Im zweiten (europäischen) Abkommen würde Sicherheit gewährleistet werden hauptsächlich durch genaue Feststellung der angreifenden Handlung. Sei eine Grenzverletzung erwiejen, so würde der Völkerrundsa rat Vollmacht erhalten, andere Staaten zur Unterstützung des bedrohten Staats aufzurufen. Diese Unterstützung würde aber nicht die Form der Entsendung von Truppen oder Anwendung von Sanktionen annehmen, sondern in der Entsendung von Kriegsmaterial bestehen. Finanzieller Beistand sei bereits in dem zu diesem Zweck abgeschlossenen Abkommen vorgegeben. Hierfür solle eine Dreiviertelmehrheit des Völkerbunds genügen.

Politisches Verbrechen in Mandschukuo

London, 14. Okt. Nach einer „Times“-Meldung aus Mandschukuo, Pichsin, in einem Hotel in Tschaggichun beim Abendessen von einem anderen Mitglied des Geheimen Staatsrats, dem General Tschengschuan, überfallen und mit einer Art lebensgefährlich verlegt. Der General hatte Pichsin beschuldigt, ihn zum Rücktritt vom Posten als Gouverneur der Provinz Heilungiang gezwungen zu haben.

Schillerer zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmern

Hamburg, 14. Okt. In der vergangenen Nacht kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, und Angehörigen des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Hierbei fielen mehrere Revolverkugeln. Zwei Stahlhelmangehörige, der Korvettenkapitän a. D. Lagenstein und der 24jährige Heinz Wolf, wurden durch Messerstiche schwer verletzt, ein dritter Angehöriger des Stahlhelms erlitt eine Rückenverletzung. Ein Nationalsozialist, bei dem eine Browningpistole mit leeren Rahmen beschlagnahmt werden konnte, wurde festgenommen.

Fünf Reichsbannerleute verurteilt

Freiburg, 14. Okt. Das Schöffengericht verurteilte drei Angehörige des Reichsbanners auf Grund der Rotverordnungen wegen politischer Gewalttaten zur Mindeststrafe von je 1 Jahr Zuchthaus und zwei der Beihilfe Angeklagte zu je einer Woche Gefängnis. Die fünf Angeklagten waren beschuldigt, einen Nationalsozialisten tödlich angegriffen und dabei verletzt zu haben. Die Angeklagten behaupteten, sie hätten den Angeklagten „aus Eifersucht“ verprügelt, das Gericht schenkte dem Vorbringen aber keinen Glauben.

Württembergischer Landtag

Aussprache zu den Rotverordnungen

Stuttgart, 14. Okt. Kultminister Dr. Bazille: Der Landtag ist nicht befugt, Änderungen an den württ. Rotverordnungen vorzunehmen. Etwasige Beschlüsse sind unzulässig. Diese Rotverordnungen beruhen wieder auf Rotverordnungen des Reichspräsidenten, die auch die württ. Verfassung abändern. Für Änderungen ist nur der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zuständig.

Abg. Hillenbeck (Komm.): Den anderen Parteien ist es gar nicht ernst mit ihrem Kampf gegen die Rotverordnungen.

Abg. Müller (CDU.): Ich habe den Eindruck, daß die Parteien der Regierung dankbar sein sollten für die Rotverordnungen, denn jetzt haben die Parteien die Möglichkeit, im Wahlkampf recht tüchtig auf die Regierung zu schimpfen. Wir können die Rotverordnungen auch nicht billigen. Für das Vorkriegsgericht kleiner Ersparnisse sollte das 8. Schuljahr nicht geopfert werden.

Abg. Dr. Schmid (NS.): Der Staat hätte statt der Fleischsteuer Verkäufe vornehmen oder eine Schuld aufnehmen können. Geht es später besser, dann kann man sie zurückzahlen, geht es aber weiter bergab, wie der Kultminister meint, dann kommt es auf weiteres Schuldenmachen nicht mehr an. Wir (NS.) vertreten den Standpunkt, daß der Landtag die württ. Rotverordnungen aufheben kann. Wir sind auch gewillt, an den Staatsgerichtshof zu gehen.

Abg. Dr. Wider (DN): Die 13jährige Mißwirtschaft im Reich ist Ursache unserer heutigen Finanznot auch in Württemberg. Ein Jahrzehnt haben wir über unsere Verhältnisse gelebt und von der Substanz gezehrt. Unsere Wirtschaft haben wir überinvoiert. Dazu die Reparationen. Die Staatsausgaben waren der Armut des Volkes nicht angepasst. Die jetzige Lageung des Landtags ist unnah hinausgeworfenes Geld. Die Reden waren Wahreden, zum Fenster hinausgeschoben. Die Angriffe auf die Rotverordnungen sind eine blanke Volkstäuschung. So etwas von markierter Entrüstung haben wir noch nicht erlebt. Die Regierung ist einfach in einer Zwangslage. Keine Partei wußte einen Ausweg. In Oldenburg haben die Nationalsozialisten nicht nur die Schlachtsteuer eingeführt, sondern noch die Gehälter gekürzt. Für die Durchführung des 8. Schuljahrs fehlt jetzt das Geld. Der Abg. Joh. Fischer (Dem.) stimmte der Forderung auf Aufhebung der Schlachtsteuer nicht zu. Das 8. Schuljahr könne in dieser Zeit nicht diktatorisch durchgeführt werden. Der Abg. Keil (Soj.) vertrat die Auffassung, daß die württ. Rotverordnung durch die Reichsrotverordnung nicht gedeckt sei. Es handle sich hier um einen Mißbrauch des Rotverordnungsrechts.

Nach weiterem parteipolitischem Geplänkel, an dem sich die Abg. Rurr (NS.), Dr. Wider (DN), Ulrich (S.), Hermann (S.) und Koch (S.) beteiligten und nachdem Finanzminister Dr. Dehlinger erklärt hatte, daß der Ausschuss von Oberregierungsrat Duns in Staatsangelegenheiten keine Privatarbeit sei, nachdem ferner der Abg. Sacher (NS.) verlangt hatte, daß in Gemeinden mit mehr als 22 Prozent Umlage keine erhöhte Bürgersteuer eingeführt werden soll, gelangte die politische Aussprache endlich zum

Abschluß. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde auf Samstag verschoben. Dann verlas sich der Landtag bis nach den Reichstagswahlen.

Zentrumsanträge im Landtag. Der Abg. Koch und die übrigen Mitglieder der Zentrumsfraktion haben im Landtag folgenden Antrag gestellt: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Grundzüge betreffend Beteiligung der Gemeinden an den Mitteln des Ausgleichsstocks so zu gestalten, daß eine wesentliche Berücksichtigung finanziell gefährdeter, vor allem durch die Wohlfahrtslasten bedauerter Gemeinden möglich wird.“ Zu dem Antrag der Sozialdemokraten, der verlangt, „beim Reich gegen alle Wirtschaftsmahnahmen nachdrücklich Stellung zu nehmen, die geeignet sind, der württembergischen Ausführungsindustrie die Lage weiter zu erschweren“, hat das Zentrum folgenden Abänderungs- und Zusatzantrag gestellt: 1. in Zeile 1 das Wort „alle“ zu ersetzen durch das Wort „solche“; 2. in Zeile 3 nach dem Wort „erschweren“ statt des Punktes ein Komma zu setzen und fortzuführen, „ohne der Landwirtschaft einen wesentlichen Nutzen zu bringen.“ Damit soll auf die Gefahren hingewiesen werden, die durch Kontingentierungsmahnahmen der Reichsregierung für die schwäbische Exportindustrie entstehen, ohne daß damit ein bedeutender Nutzen für die Landwirtschaft entstehe.

Todesfall. Kommerzienrat Eberhard Feyer ist gestern im Alter von 80 Jahren gestorben. Mehrere Jahre gehörte er dem Bürgerausschuß an. Seit 1920 war er erster Vorsteher bei der Württ. Sparkasse, seit 1912 Vorstandsmitglied der Allgemeinen Rentenanstalt. Außerdem gehörte er dem Aufsichtsrat der Württ. Bankanstalt und der Württemb. Feuerversicherung an. Als Mitglied der Handelskammer, als Handelsrichter leistete er dem Handel vielfache Dienste. Der Kaufmännische Verein machte ihn zu seinem Ehrenmitglied. Vor fünf Jahren konnte er das Fest der goldenen Hochzeit begehen.

Protestversammlung der Kleinrentner. Die Kleinrentner, zusammengeschlossen im Deutschen Rentnerbund, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Erwerbslose usw. hielten dieser Tage eine stark besuchte Versammlung ab, in der in einer Entschlossenung Einspruch gegen die Kürzungen der Renten erhoben wird.

Kommunistische Zellen in der Lehrerschaft. In der württ. Lehrerschaft macht sich nach einer Mitteilung der „Württ. Lehrerzeitung“ seit einiger Zeit eine „Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer“ durch Rundbriefe bemerkbar. In vorichtig getarnter Sprache wird das Fortschreiten getrieben, zum Streik aufgerufen und auch sonstigen dem kommunistischen Gedankengut Entnommene verbreitet.

Aus dem Lande

Eßlingen, 14. Okt. Kein Angebot für das Huttenlocherische Anwesen. Am 5. und 6. Oktober wurde die Versteigerung der Büro- und Fabrikeinrichtung des Huttenlocherischen Anwesens abgehalten. Auf einzelne Stücke wurde stärker geboten, im ganzen aber war die Kaufkraft schwach und die Einrichtungsgegenstände mußten fast durchweg zu ganz niedrigen Preisen abgegeben werden. Gestern nun sollten die Gebäude des Fabrikwesens, in dem bis zu 1000 Arbeiter beschäftigt waren, und der Gras- und Baumgarten auf dem Entengraben versteigert werden. Der Verkehrswert für beides war auf 274 000 Mark festgesetzt worden, vom Versteigerungskommissär auf 270 000 Mark. Den Antrag auf Versteigerung hatte der Württembergische Kreditverein in Stuttgart gestellt, die Stadtgemeinde Eßlingen hatte sich ihm angeschlossen. Außer diesen beiden hatten auch die Dresdner Bank und die Deutsche Bank Forderungen angemeldet. Als sich auf die Aufforderung des Versteigerungskommissärs zur Abgabe von Angeboten niemand meldete, wurde, wie die Eßlinger Zeitung berichtet, die Versteigerung unter Zustimmung des Kreditvereins und der Stadt eingestellt.

Leonberg, 14. Okt. In den Ruhestand. Gemeindevorsteher in Leonberg tritt mit Ablauf des Monats November in den Ruhestand.

Heilbronn, 14. Okt. Kindstiftung. Das Schwurgericht hat die 24 J. a. ledige Dienstmagd Luise Sperr wegen Kindstiftung zu der gesetzlichen Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hat im Mai d. J.

in Großaltdorf, W. H. Hall, heimlich ein Kind geboren und getötet.

Bödingen, 14. Okt. Bödinger Erwerbslose besetzen das Rathaus. Da die Winterbeihilfe vom Heilbronner Gemeinderat auch für Bödingen abgelehnt wurde, führten die Bödinger Erwerbslosen eine Verammlung durch, die von etwa 1000 Erwerbslosen besucht war. Am Schluß der Verammlung zogen sie, wie die Südd. Arbeiterzeitung berichtet, zum Rathaus und besetzten es. Die Erwerbslosen sandten eine Abordnung zum Sparkommissar Kübler nach Heilbronn.

Westerhofen, W. Ellwangen, 14. Okt. Mit dem Leiterwägelchen tödlich verunglückt. Ein Mädchen aus der Nachbargemeinde Lauchheim lud das achtjährige Töchterchen des Maurers Gregor Raier ein, mit ihm auf einem Leiterwägelchen zu fahren. Bei der laufenden Fahrt stippte das Wägelchen um, wobei die Katharina Raier so unglücklich herausgeschleudert wurde, daß sie nach wenigen Stunden an der erlittenen Gehirnerschütterung starb.

Schwenningen, 14. Okt. Verhaftete Einbrecher. Mittwoch früh wurde in ein hiesiges Lebensmittelgeschäft eingebrochen. Hierbei wurde eine größere Anzahl Eier, eine Menge Schmalz und Butter entwendet. Von einem Angestellten der hiesigen Woch- und Schließgesellschaft wurden die drei Täter — es handelt sich um hiesige jüngere Bur-schen — gefasst und verfolgt. Er verständigte sofort die Polizei, die die Täter hinter Schloß und Riegel verbrachte und den Raub sicherstellte.

Ullingen W. Göppingen, 14. Okt. Einstellung des Dienststrafverfahrens. In dem auf Antrag des Gemeinderats gegen den zum Bürgermeister gewählten Oberleutnant Wieland eingeleiteten Dienststrafverfahren wegen Abgabe einer falschen ehrenwörtlichen Erklärung dem Gemeinderat gegenüber hat das Oberamt Göppingen nunmehr verfügt, das Dienststrafverfahren einzustellen. Diese Entscheidung löste unter der Mehrzahl der Gemeindevorstandsmitglieder Empörung aus, der dadurch Ausdruck verliehen wurde, daß die Sitzung abgebrochen wurde. Ob sich die Ullinger Gemeindevertretung mit dieser Lösung der Frage durch das Oberamt einverstanden erklären wird, bleibt abzuwarten. Die oberamtliche Entscheidung wird wahrscheinlich beim Ministerium angefochten.

Ulm, 14. Okt. Rekordzahlen im Donaabad. Im Donaabad 1 (Freibad) wurden in diesem Jahr 180 000 (110 000 im Vorjahr), im Donaabad 2 (geschlossenes Bad) 4300 (2740) Bäder abgezählt. Dazu kommen Rehnlaufende, die im Freibadnabod sich tummeln und statistisch nicht erfasst werden können. Im südlichen Hallenbad ist jetzt wieder Hochbetrieb. Erstmals wird in diesem Winter kostenloser Schwimmunterricht erteilt.

Laupheim, 14. Okt. 28 Hundertmarkscheine gestohlen. Einem hiesigen Viehhändler wurde aus seinem Wehzeugschrank, der allerdings nicht verschlossen war, der Betrag von 2800 Mark gestohlen. Der Täter muß offenbar mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraut gewesen sein; er kletterte zum Fenster herein, verschloß die Zimmer-türe von innen und nahm den Schlüssel mit. Bis jetzt ist man dem Täter noch nicht auf der Spur.

Hummels Geständnis

Am Mittwoch nachmittag wurde der Schneider Hummel im Freiburger Polizeipräsidium nochmals vernommen und seinem Schwager gegenübergestellt, der ihn auch erkannte. Hummel ergänzte und änderte seine Aussagen vom Dienstag. Man gewinnt den Eindruck, daß er es aufgegeben hat, weiter zu schwindeln. Wie er sagt, hat er in den letzten Wochen unter schwerem seelischen Druck und in der ständigen Bewußtheit gelebt, daß seine Entlarvung sicher sei. Nach seinen Angaben ist er über Oesterreich nach Italien gefahren. Unterwegs verkaufte er sein Fahrrad, weil das Geld nicht mehr ausreichte. In Neapel kam er völlig abgemagert und halbverhungert an. Seine ursprüngliche Absicht, zur Fremdenlegion zu gehen, gab er auf. Er erlangte dafür die Geschichte von dem entflohenen Kriegsgefangenen Daubmann. Er schrieb den bekannten Brief an die Eltern Daubmanns, in dem er um Ueberwindung der Papiere bat. Als er diese erhalten hatte, meldete er sich auf dem Konsulat, das durch Rückfragen in Endingen die Gleichheit der Persönlichkeit des Bittstellers mit Daubmann feststellen zu können glaubte.

Hummel gibt an, er habe zum letztenmal in Mühlheim versucht, den Zug heimlich zu verlassen. Als auf dem Bahnhof in Freiburg die Mutter Daubmanns ihn nach kurzem Zögern — sie sagte zuerst: Das ist mein Oskar nicht — in die Arme schloß, habe es für ihn kein Zurück mehr gegeben. Alles übrige habe sich dann fast ohne sein Zutun entwickelt. Niemand habe gefragt, ob er wirklich Daubmann sei. Man habe ihn einfach als solchen aufgenommen. Auf die Frage, wie er zum Inhalt seiner Vorträge über seine „Kriegsgefangenschaft“ gekommen sei, antwortete er, er habe ihn aus Erzählungen anderer Kriegsgefangener, aus Büchern und Filmen genommen. Die erste Niederschrift habe er selbst gemacht. Andere Leute hätten sie durchgearbeitet und abgeschrieben. So sei er von einem Betrag zum andern gehoben worden. In einem der Verhöre der letzten Tage verweigerte er bezeichnenderweise die Antwort mit der Begründung, er befürchte, die ständige Ausfragerei könne dem Abschluß des Buchs Schaden, das er gegenwärtig schreibe.

Nach der Verhaftung wurde festgestellt, daß Hummel aus den Gaben, die man ihm reichlich spendete, und aus dem Erlös seiner Vorträge ein ansehnliches Bankguthaben besaß. Es wurde zugunsten der Eltern Daubmanns beschlagnahmt. Wie die bedauernswerten Leute sagen, hat der Schwindler sie viel Geld gestoflet und sie in Schulden gestürzt, denn er hatte zahlreiche, nicht immer bescheidene Wünsche, deren Befriedigung er nachdrücklich zu fordern pflegte. Von seinen Einnahmen gab er ihnen nie, und seit sie ihn bei sich aufgenommen hatten, ruhte die Kriegshinterbliebenenrente der alten Leute. Die Angehörigen Hummels bezeichnen ihren Verwandten als einen von jeder zu allerlei Uebelthaten neigenden Phantasten, der schon in früher Jugend verschiedentlich gerichtliche Strafen verbüßt hat und einige Zeit Jögling der Erziehungsanstalt Heilbronn gewesen sei. Dort erlernte er auch das Schneiderhandwerk.

Der Fall Daubmann. Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat gegen Karl Ignaz Hummel-Daubmann ein Verfahren wegen Betrugs und Urkundenfälschung eingeleitet. Während eine Wirtin in Offenburg, eine Verwandte Hummels, ihn sofort wiedererkannte, kann das Ehepaar Daubmann merkwürdigerweise immer noch nicht glauben, daß es einem Betrüger zum Opfer gefallen ist. Die guten Deutschen sind ganz zusammengebrochen und die Mutter wiederholt nur immer: Und er ist doch mein Bub!

Das vornehme Harmonium prämiert mit vier goldenen Medaillen, direkt vertragen. Gebrauchslos billig am Lager. Max Horn, Werdauer Orgelharmonium-Fabrik, Eisenberg, Thüringen, früher Zwissau/Werdau. Mit Apparat sofort spielbar.

The Glück durch ein Los der Staatslotterie. Ziehung am 21. und 22. Oktober 1932. 1/2 1/4 1/8 1/16. 5.- 10.- 20.- 40.- RM. Porto und Liste extra. GOTTWICK Staatliche Lotterie-Einnahme STUTTGART Schloßstraße 8 und Königsbau

Neo-Ballistol-Kleber. Goldene Medaille mit Ehrenlob: Intern. Jagd Ausstellung Wien, Mai 1907. Einziges Waffenöl, welches von staatlichen Ministerial-Instituten und Armeen des In- und Auslandes als das beste, unübertroffene Waffenöl wegen Nachschillige und Rost abtötet wurde. Zugleich Desinfizient. Tötet Eiter- u. Wundbazillen (gemäß Prop. II) und regt Gewebensanbildung hervor. Erhältlich in Waflageschäften, Apotheken, Drogerien, sonst von Chemische Fabrik F. W. Klever, Köln 69, Brandenburgerstraße 8. Prospekte und Waflageliste gratis.

Städt. Technikum Hainichen, Sa. Ingenieur- und Technikerschule. mit Spezialabteilungen, besonders auch für Gas, Heiz- und Installationstechnik. Moderne Versuchsanlagen — Staatskommissar — Programm kostenlos



# Aus Stadt und Land

Nagold, den 15. Oktober 1932.

Du mußt Gott suchen, wenn du dich nicht finden kannst.

## Diebstahlsnachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat den Seminaroberlehrer R. u. Bach in Nagold zum Studienrat der Gruppe 4b ernannt.

## 85. Geburtstag

Am morgigen Sonntag feiert die Ehefrau des Stadttagelöhners a. d. Maier, Katharine Maier geb. Stottele ihren 85. Geburtstag. Wir gratulieren und wünschen der leidenden Frau einen erträglichen Lebensabend.

## Zwei . . . . gehen den letzten Gang!

Herbsttag . . . . . Sturmbekehr. Der Wind jagt durch die Bäume und schüttelt deren Laub zur Erde . . . . . Abschiedswetter. Die Glocken läuten lauter als sonst, von der Windsbraut wird ihr Klang über die Stadt und unser schönes Tal getragen, ein Klagen und Trauern liegt in ihrem ehernen Ton.

Am 2 Uhr gestern nachmittag wurde der jüngste Sohn des früheren Metzgermeisters Fritz Häußler, Albert Häußler, nur 34 Jahre alt, zu Grabe getragen. Stadtpfarrer Brecht hielt die tröstende Grabrede nach dem Bibelwort Römer 8 „Leben wir, so leben wir dem Herrn“ und ließ das Leben des zu früh Entschlafenen noch einmal an dem geistigen Auge vorüberziehen. Nach dem Kriege, den auch der Verstorbene mitemachte, war er hier in Stellung und dann lange Zeit in Karlsruhe. Etwa seit einem Jahr leidend, ist er vor vier Wochen ins Vaterhaus zurückgekehrt, um es nun für immer zu verlassen.

Eine Stunde hernach wurde die herbliche Hülle von Hermann Vah der Erde übergeben. Ein stiller Leichenschein, voran der Militär- und Veteranenverein mit umflorter Fahne, sowie Handwerkskollegen des Schreiner- und Wirtsgewerbes und ehemalige 119er, gaben das letzte Geleit. Stadtpfarrer Brecht hielt hier am Grab und sprach die Psalmworte (121) „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen“. Vor kurzem noch bei der 60-Feier mit seinen Altersgenossen vereint, ist der Mann nun seinem schweren Leiden erlegen und seiner vor 2 1/2 Jahren verstorbenen Frau nachgefolgt. Er entkam einer alten hiesigen Familie und hat das Schreinerhandwerk betrieben, bis er die Restauration zur Eisenbahn übernommen hat. Dem alten Soldaten, er stand als Landsturmmann im Feld, galt die letzte Salve über dem offenen Grab. Ehrende Nachrufe mit Kranzspenden widmeten noch namens der Schreinerinnung Obermeister Gabel, im Auftrag des Mil- u. Vet. Vereins Schreinermeister Wala und für die Nagolener, Ortsgruppe Nagold Bäckermeister Koch. Gefänge des Liedertanzes umrahmten die erste Feiert.

## Altpietistische Gemeinschaft

Auf die morgen nachmittag 2 Uhr im Saal des evangel. Vereinshauses stattfindende jährliche Konferenz sei auch auf dieser Stelle hingewiesen.

## Die Methodistengemeinde

feiert morgen Sonntag hier und in Jelshausen ihre Erntedankfest-Gottesdienste. Im Vormittags-Gottesdienst spricht Prediger Klinger über das Thema: „Reiche Lebens-ernte“. Ein göttlich für jedermann wichtiges Thema. Bei der Hauptfeier nachm. 2 Uhr steht im Mittelpunkt das erste Deklamatorium: „Ungeheures Reichthum“, in dem der biblische Stoff des „Reichen Kornbauern“ ergreifend verarbeitet ist. Dieses Deklamatorium wird umrahmt von Gemischten und Kirchenliedern, Singspielen der Sonntagsschüler und ersten und frohen Gedichten. Das reiche Programm verspricht mehr als einige genutzte Stunden, nämlich innere Auerbauung zu geben. In unserer schweren Zeit haben sehr viele Menschen das Denken verlernt. Weithin regiert der Geist harter Kritik und herber Verneinung. Prediger Klinger wird daher in seiner Ansprache versuchen, auf die ernste und zeitgemäße Frage: „Kann man in der heutigen Zeit noch danken?“ Antwort zu geben.

## Bezirkshörperschaftsbeamtenverein Nagold

Nach längerer Sommerpause versammelten sich die Körperschaftsbeamten und Ortsvorsteher am Montag, den 10. ds. Mts. in der Traube in Nagold zu einer Aussprache über die Lage. Anwesend waren 50 Mitglieder und außerdem als Gäste Landrat Baitinger und Altkor Dr. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsamts Nagold. Auf der Tagesordnung stand die finanzielle Lage der Gemeinden und die neuen Notverordnungen. Die glatte Lösung der Bürgersteuerfrage 1932 durch die Einführung der Wohnsteuer mit einem Kopfsatz von 6 R-Mark hat allgemein befriedigt, zumal diese Steuer in den ländlichen Gemeinden etwas mehr erträgt, als die im Vortragsjahr eingeleitete Bürgersteuer. Anders in den Städten, die einen Ausfall von 1/2 und mehr erleiden. Die Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1933 wird dann neu erhoben und zwar ähnlich wie diejenige von 1931. Dabei ist der Frauenzuschlag weggefallen und auch sonst sind Erleichterungen vorgesehen, so daß der Ertrag für 1933 gegenüber 1931 um 1/4 zurückgeht. Aus diesem Grunde und infolge Steigerung der Wohnlasten werden die meisten Gemeinden genötigt sein, das Mehrfache des Landeslages zu erheben. In Städten mit über 5000 Einwohnern muß die Bürgersteuer im Lohnabzugsverfahren eingezogen werden. In den übrigen Gemeinden ist die Art der Erhebung freigestellt. Da im

Lohnabzugsverfahren die Bürgersteuer in 12 Teilbeträgen bis Dezember 1933 zu erheben und abzuführen ist, während sie beim Einzug mit Steuerbescheiden zu je 1/4 in den Monaten Februar bis Mai 1933 fällig wird, empfiehlt es sich, in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern das Steuerbescheidverfahren Gebrauch zu machen u. damit von der starken geschl. Befassung der Arbeitgeber u. der Kassen abzusehen. Für säumige Steuerzahler hätte allerdings der Arbeitgeber im Wege des Pfändungs- und Ueberweisungsverfahrens die Steuer doch abzuführen, da seit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 Personalsteuern von jedem Lohnbetrag abziehbar sind, auch wenn er die Pfändungsgrenze nicht erreicht. Für die Einführung der Getränksteuer kann sich die Verammlung nicht erwärmen, obwohl sie für Gemeinden, die Beiträge aus der Wohlfahrtskasse und dem Ausgleichsfond bedürfen, vorgeschrieben ist. Die Getränksteuererhebung ist nicht einfach und dabei ist der Ertrag auf dem Lande geringfügig. Immerhin wird sie nach Lage der Verhältnisse in den meisten Gemeinden auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Eingehend behandelt wurde die Notverordnung vom 4. September 1932 über die Befreiung der Wirtschaft. Von den Steuern der Gemeinden erhofft man auch eine Besserung der Kassenlage der Gemeinden, insofern, als zur Erlangung des 40prozentigen Steuerzuschlages auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer die Bezahlung der laufenden und rückständigen Steuern Voraussetzung ist. Steuerzuschüsse werden vom Finanzamt erst ausgestellt, wenn die laufenden Steuern entrichtet sind und sie werden vom Finanzamt so lange zurückbehalten, bis auch die rückständigen Steuern bezahlt sind. Der 40prozentige Steuerzuschlag ist kein geringfügiger Betrag und es sollte jeder Steuerzahler, auch der Kleinste, in seinem eigenen wirtschaftlichen Interesse von den Steuerzuschüssen Gebrauch machen. Wie mitgeteilt wurde, betragen die Steuererleichterungsrückstände der Gemeinden an die Oberamtspflege für das Rechnungsjahr 1931 noch beinahe 100 000 R-Mark. Es ist wohl zu zugeben, daß eine Anzahl Gemeinden des Bezirks durch die Hochwasserkatastrophen in diesem und im letzten Jahre besonders schwer leiden, aber es ist im ganzen ein bedenklicher Zustand, daß Lieferungsrückstände an Staatssteuern und Amtsschulden an die Oberamtspflege in einer solchen Höhe zu einer Zeit vorhanden sind, wo von den neuen Steuern bereits wieder die Hälfte verauslagt ist. Von keiner Seite wurde der Ernst der Lage verkannt. Auch Landrat Baitinger forderte in ernten Worten auf, die Rückstände aufzuheben. Neben der schwierigen Lage im Bezirk durch den Zerfall der Volkswirtschaft und den schlechten Geschäftsgang bildet ein Hindernis beim Einzug der Steuern auch der reichsgehegliche Vollstreckungsstaus bei der Landwirtschaft, von dem auch Steuerzahler Gebrauch machen, die es nicht nötig hätten. Wenn in dieser Beziehung keine Lockerung und Besserung erfolgt, wird die Finanzlage der Landgemeinden bedrohlich.

Aber das nicht weniger wichtige Kapitel des Arbeitslosenproblems machte Hr. Schmidt längere wertvolle Ausführungen aus der Praxis für die Praxis u. unterließ alle Beschränkungen, die auf Arbeitsbeschaffung an Stelle von Barunterstützung gehen. Für die Jugendlichen unter 25 Jahren freiwilliger Arbeitsdienst und für die Älteren Notstandsarbeiten. Es gebe auf dem Lande immer wieder geeignete Arbeiten, die die Gemeinden nicht erheblich belasten und deren Ausführung für sie wertvoll sei.

Nachdem Landrat Baitinger zur Durchführung der Winterhilfe in den einzelnen Gemeinden aufgefordert und die Ortsvorsteher gebeten hatte, auf einen zahlreichen Besuch der landwirtschaftlichen Winterhilfe durch die jungen Landwirte in ihren Gemeinden hinzuwirken, schloß der Vorsitzende, Bürgermeister Maier, mit Dankworten an die Berichterstatter, besonders an Landrat Baitinger u. Altkor Dr. Schmidt die vom Ernst der furchtbaren Zeit getragene Versammlung.

## Weiblicher freiwilliger Arbeitsdienst

Der Gedanke eines weiblichen Arbeitsdienstes hat auf die Anträge des Arbeitsamts bei den Oberamtspräsidenten des Arbeitsamtsbezirks teilweise umgebenen bezeichnend Widerhall gefunden, vor allem in Nagold, wo sich das Bürgermeisteramt in dankenswerter Weise sofort für den Gedanken mitteilte. Die notwendigen Vorarbeiten werden zurzeit noch geleistet, so daß englütiges noch nicht gesagt werden kann. Es ist aber zweifellos zu begrüßen, daß auch den jungen Mädchen Gelegenheit geboten wird, zu zeigen, daß sie der Allgemeinheit im Zeichen der Not dienlich sein wollen und daß für diese Dienstwilligen gleichzeitig damit die Möglichkeit des Erwerbs des Lebensunterhalts und der Erweiterung ihrer Kenntnisse gegeben ist.

## Veränderungen beim Arbeitsamt

Für die Wintermonate, die erfahrungsgemäß gerade beim Arbeitsamt Nagold für die Arbeitslosenvermehrung größere Schwierigkeiten bringen, soll Ger-M. Schmidt, der bisher den Posten des nach Stuttgart einberufenen Reg. Rat Dr. Stahlecker vertretungsweise verfeh, wieder die Leitung der Verhinderungsabteilung übernehmen. Voraussichtlich wird über diese Zeit Reg.-Rat Dr. Klausner vom Landesarbeitsamt die Stelle des 1. Vorsitzenden wahrnehmen.

## Stahlhelmheim-Einweihung in Calw

Das Reichsportkorps IV des Stahlhelms, Band der Frontsoldaten, umfassend die Gruppen Calw, Hirsau, Bad Liebenzell, welche getrennt kein neues Heim — es ist das dritte, seit der Stahlhelm in Calw Zug geföhrt hat — ein.

Calw, 14. Okt. Bürgerfeier. Der Gemeinderat hat mit überwiegender Mehrheit für das Rechnungsjahr 1933 die Einführung der Bürgersteuer mit 500 v. H. des Landeslages beschlossen.

Oberndorf, Dtl. Herrenberg, 13. Okt. Rathaus einbruch. Nachdem in den letzten Nächten die Rathäuser von Voltringen, Wendelsheim und Steitenhof durch Einbrüche heimgesucht wur-

den, ist nun auch im hiesigen Rathaus in der letzten Nacht auf erschwerter Weise eingebrochen worden. Obwohl sämtliche Türen und Fenster verschlossen waren, wurden dieselben gewaltsam geöffnet. Es wurden sämtliche Kassenräume durchwühlt und im Kassenraum der Gemeindepflege der Kassenkranz gestohlen. Den Dieben ist jedoch nur ein kleinerer Geldbetrag in die Hände gefallen.

(Fortsetzung des lokalen Teils Seite 5).

# Letzte Nachrichten

## Ein Amokläufer in Vetmathe.

Essen, 14. Okt. Auf dem Wege von Vetmathe nach Gerner brach zwischen einem gewissen Karl Sommer und seinem Vater ein schon in Vetmathe begonnener Streit erneut mit wilder Heftigkeit aus. Der Sohn erregte sich aufs äußerste und nach heftigen Vater nieder. Dann eilte er nach Vetmathe zurück und rannte wie ein Wahnsinniger durch die Straßen: Wer sich ihm entgegenstellte griff er an. Einer Frau, ihrem Sohn und einem anderen jungen Manne brachte er lebensgefährliche Verletzungen bei. Ein vierter wurde von ihm ins Herz gestochen und war auf der Stelle tot. Sommer ist entflohen.

## Unbegründete Gerüchte über den ehemaligen Kaiser Wilhelm

Haag, 14. Okt. Englische Blätter haben behauptet, der ehemalige deutsche Kaiser werde sich am 20. 10. nach Deutschland begeben, um an der Hochzeit einer Tochter des ehemaligen Herzogs von Coburg mit einem schwedischen Prinzen teilzunehmen. Diese Meldung wird von Hans Dorn dementiert. Auch von maßgebender holländischer Stelle wird die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß von einer Wsicht des ehemaligen deutschen Kaisers, nach Deutschland zu reisen, nichts bekannt ist.

## Furchtbare Heuschreckeplage in Argentinien.

Buenos Aires, 14. Okt. Die Heuschreckeplage in Argentinien hat geradezu riesigen Umfang angenommen. Seit drei Tage kommen dicke Schwärme aus den Nordprovinzen, die die Hauptstadt bereits erreicht haben. Die Landwirtschaft ist schwer betroffen. Nach amtlicher Schätzung sind 700 000 Hektar Weizen und Weizen vernichtet.

**BIOX-ULTRA** die sprarme deutsche  
Mit einer kleinen Tube zu 50 Pf. können Sie mehr als 100 x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und sie hart wird.

## Handel und Verkehr

Fruchtpreise. Winterweizen 10.80—11.50, Haber 6.50—7, Dinkel 8.60—9.50, Roggen 9.50—9.90 M. d. Str. — Frische Bandw. 9 Bfg. d. St., Landbutter 1.30 M. d. Pf.

Obstpreise. Winterweizen 4—6.40, Tafelobst 8—16, Datteln 7—10 M.

Viehpreise. Ludwigsburg: Kühe 220—480, Kalbinnen 370 bis 400, Rinder 120—160, Schmaloch 70—90. — Mengen: Ferkel 260—500, Lohfen 250—470, Kühe 120—380, Kalbinnen 280—450, Jungvieh 120—180.

## Herbstaadrichten

Stetronn (Zabergäu), 14. Okt. Die Lese geht dem Ende zu. Eckhafter Verkauf zu 165—170 M. je Eimer. Kosten noch sek.

Nordheim bei Heilbronn a. N., 14. Okt. Nachdem die Borise beendet ist, begann die allgemeine Weinslese heute. Dadurch, daß die hiesigen Lagen vom Unwetter vollständig verschont geblieben sind, kann man auf einen gesunden 1932er rechnen. Die Nachfrage ist reger.

## Das Wetter

Die Depresslon im Nordwesten kommt nur beschränkt zur Geltung. Für Sonntag und Montag ist zeitweilig aufheiterndes, etwas unbeständiges Wetter zu erwarten.

## Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk UG.

Samstag, 16. Oktober:  
8.15: Bremer Hafenkonzert, 8.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Gemischte, 8.50—9.30: Konzert, 10.10: Wollmann, 10.40: Französischer Morgen, 11.30: Heber zur Hand, 12.00: Radiogel aus dem 16. Jahrhundert, 12.30: Schallplatten, 13.00: Kleines Konzert der Zeit, 13.15: Schallplatten, 13.45: Studientanz, 14.15: Gebetsstunde zum 90jährigen Geburtstag der Kaiserin aus Regensburg, 14.30: Konzert, 14.50: Der Dichter Walter von Stolpe, 15.30: Sportbericht, 16.00: Handbarmannkonzert, 16.30: Schilf, in dieser Zeit, 16.50: Deutscher Opernabend, 17.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, Sonntagsbericht, 22.45—24.00: Nachtmusik.

Montag, 17. Oktober:  
8.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Gemischte, 8.30: Wetterbericht, Nachrichten, 7.45—8.00: Schallplatten, 8.30: Krien, 10.30: Orgelkonzert, 11.00: Zeitangabe, Wetterbericht, 11.30: Wetterbericht, 12.00: Konzert, 12.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Konzert, 14.30: Spanischer Epochenbericht, 15.00—15.30: Englischer Epochenbericht für Stuttgart, 16.30: Wotzog: „Unter dem Stern“, 17.00: Konzert, 18.10: Zeitangabe, Wetterbericht, 18.30: Vortrag: „Kunst und Kunst in Ungarn“, 18.50: Englischer Epochenbericht, 19.15: Landwirtschaftsnachrichten, 19.30: Konzert, 20.30: Kammermusik, 21.00: Das Wunderbare (Hörspiele), 22.00: Deutschland und der Südsouthern, Mon der Konferenz in Straß, 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.40: Schallplatten, 23.45—24.00: Nachtmusik.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

**Wer nicht injiziert**  
kommt bei der  
Kundschaft in  
Vergessenheit.



Ihre Frau meint  
es gut mit Ihnen!

Sie empfiehlt Ihnen immer  
wieder gegen Ihren lästigen  
Raucherkatarrh die ärztlich  
empfohlenen, rasch und  
sicher wirkenden

**Kaiser's  
BRUST-Caramellen**  
nur den 3 Tannen  
Teht Ventel 35 Bfg., Dose  
40 u. 75 Bfg. Zu haben in:  
Apotheken, Drogerien und  
wo Plakate sichtbar.

**Der gute Haarschnitt  
Die haltbare Dauerwelle  
Ist die Visitenkarte von  
E. HELBLING**

**Lösungs-  
Büchlein**  
für 1933 vorrätig bei  
Buchhandlung Zaiser  
Nagold

Umständelicher verkauf  
ich ladefreues  
**Piano**  
schwarz poliert II Ton u.  
Ausführung norm. Größe  
X-faltig, 5-jähr. schriftliche  
Garantie. Verkaufspreis  
580.— RM.  
Eugen Gonfer, Klaviere  
Zaifingen, Ludwigstraße

**Muskator billiger**  
um RM 3.00 je 100 kg

gegen Berechtigungsschein. Sie erhalten je  
Huhn 15 kg verbilligtes Muskator. Dabei  
brauchen Sie die Ihnen zustehende Menge  
nicht sofort abzunehmen; sondern können  
Ihren Bedarf wie früher laufend beziehen.  
Das bedeutet für das nächste halbe Jahr billige  
Fütterung bei jetzt steigenden Eier-Preisen.

Besorgen Sie sich sofort von Ihrem Lieferanten  
einen Berechtigungsschein, da dieser nur bis  
31. Oktober von der Gemeindebehörde  
abgestempelt wird. Den Schein geben Sie  
Ihrem Lieferanten zurück, der Ihnen dafür  
das gute Muskator zu bisher noch nicht ge-  
kannt niedrigem Preis liefern soll.

**Muskator**  
Das beste Futter in wichtiger Zusammensetzung  
Bergisches Kraftfutterwerk G.m.b.H. Düsseldorf-Hafen

**Plakate**  
**Neuer Wein**  
**Heute Metzelsuppe**  
**Neuer Most**  
**Rippchen**  
**Ochsenmaulsalat**  
und viele andere bei  
**G. W. Zaiser, Nagold**





### Frauenarbeiterschule Nagold

Am Mittwoch, den 19. Oktober 1932  
beginnen wieder die

### unentgeltlichen Nähmittage

für Unbemittelte, von 2-4 Uhr.  
M. Draug.

1053

**„Dela“-Kolod**  
der Hühneraugen-Tod!  
Bestes Mittel gegen Hühner-  
augen und Hornhaut.  
Nur 60 Pf.  
Damen- u. Herrenfrisieralon  
P. Böhle, Nagold.

**Das macht mir  
keiner nach!**  
Rollfilm-Kamera 6/9,  
Optik 4,5 m. Nadiobehel  
und feinsten Ausführung,  
neu, nur Mk 30.-  
Besuchen Sie bitte mein Fenster  
für Gelegenheitskäufe! 1003  
**FOTO Schwarzmaier**

Habe auftragsweise nachstehende Ob-  
jekte, zum Teil unter äußerst günstigen  
Bedingungen zu verkaufen und zwar:

Todesfall wegen, eine Kirchwa-  
serbrennerei im bad. Schwarzw.  
Ein noch nicht lange erbautes  
Wohnhaus mit danebengelege-  
nem Areal. Das Anwesen be-  
findet sich in einer verkehrsrei-  
chen O.L. Stadt und würde sich  
sehr gut für einen Maurer oder  
Zimmermann eignen.

Ein neues Landhaus mit Garten  
im Bez. Freudenstadt (Bahnstat.)  
Ein neuerbautes Wohnhaus mit  
Sägmühle, großem Areal, und  
ca. 13 Morgen Gütern im Bez.  
Rottweil.

Ein Wohn- und Geschäftshaus  
mit Bäckerei in einer bedeutenden  
Lustkurstadt.

Ein Wohn- und Geschäftshaus  
(Sattler u. Tapeziergesch.) im  
Bezirk Forzheim.  
2 Landw. Anwesen im Bezirk  
Oberndorf.

1 Wohnhaus mit großem Garten  
im Bez. Freudenstadt.  
Versch. Hofgüter.  
Verschiedene Waldungen.

Anfragen sieht entgegen.

**Albert Preßburger,**  
Immob. u. Hyp. Sorb a. A.  
Telefon 238.

Waldorf, den 14. Okt. 1932



**Danksagung**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme anlässlich des Todes unseres  
lieben Vaters

**Otto Grünbauer**  
Hauptlehrer

sagt auf diesem Wege wärmsten Dank

**Marie Grünbauer**  
mit ihren beiden Kindern.

**Bergebung von Bauarbeiten**

Zu dem Neubau des Gustav Schächinger, Gast-  
haus z. „Traube“ in Wildberg sind die

**Maurer-, Flächner- und Zimmerarbeiten**

zu vergeben. Unterlagen sind am Montag, den 17.  
Okt., nachmittags 3-7 Uhr bei dem Bauherrn oder  
dem Unterzeichneten einzuf. heu.

Angebote sind spätestens **Donnerstag, den 20.  
Okt., nachm. 2 Uhr** einzureichen. 1058

Der Architekt: G. J. Gauß, Nagold.

**Achtung! Habe im Auftrag drei wenig gebrauchte  
Getreidemähmaschinen „Fahr“**

wegen Ansch. von Göt. Binder um den Preis  
von RM. 50.- zu verkaufen. Maschinen  
befanden sich in betriebsfert. Zustand. 1000

W. Walz, Waldmannshofen, früher in Baiterbach.  
Dabei sind auch 1a Saatkornsaatmaschinen neuer,  
ertragsreicher Bichtung abzugeben.

**Das neue Gesellschaftsspiel**

*Tag wie über Nacht!*



Preis Mk. 1.50  
stets vorrätig in der  
Buchhandlung G. W. Zaiser - Nagold.

**Verloren**  
von Stuttgart über  
Deckenpfeim-Wildberg  
nach Wart ein 1041

**Ersagrad**  
von Magiruslastwagen,  
Gegen gute Belohnung  
abzugeben bei  
Ungericht, Wart  
Oberamt Nagold

**Evang. Gottesdienste  
Nagold**

Sonntag, 10. Oktober  
(21. S. u. Dr.)  
Vorm. 9.30 Uhr Pre-  
digt (Otto) anschließend  
Kindergottesdienst, 11 Uhr  
Christenlehre (L. Töchter)  
in der Kinderschule, Abds.  
8 Uhr Erbauungsgesunde  
im Vereinshaus,  
Zielshausen  
9.15 Uhr Christenlehre  
(Brecht).

**Methodist. Gottesdienste**  
(Ev. Freikirche, Kirchstr. 11)

Sonntag, 10. Oktober  
Vorm. 9.30 Uhr Ernte-  
dankfestpredigt (Pflüger).  
Thema: „Reiche Lebens-  
ernte“

Sonntag Vorm. 11 Uhr  
Sonntagschule, Nachm. 2  
Uhr Erntedankfestfeier.  
Montag abends 8.30 Uhr  
Jugendbund.  
Mittwoch abds. 8.15 Uhr  
Bibelstunde (Pflüger).  
Zielshausen,  
Sonntag abends 8 Uhr  
Erntedankfestfeier Pflüger.  
Dienstag abends 8 Uhr  
Bibelstunde (Pflüger).  
Ebhausen,  
Donnerstag, 8.15 Uhr  
Bibelstunde (Pflüger).  
Baiterbach  
Sonntag nachm. 2 Uhr  
Predigt (Graf).  
Freitag abends 8.15 Uhr  
Bibelstunde (Pflüger).

**Kath. Gottesdienste  
Nagold**

Sonntag, 10. Oktober  
(Kirchweihfest).  
6-7 Uhr Beichtgelegen-  
heit, 7.30 Uhr Gottesdienst  
in Rohrdorf.  
9 Uhr Predigt und Deut-  
sches Amt in Nagold.  
Montag, 7.15 Uhr Got-  
tesdienst in Altensteig.

**Altpiet. Gemeinschaft Nagold**

Sonntag, den 16. Okt., nachm. 2 Uhr findet  
im Saal des Evang. Vereinshauses hier  
**jährliche Konferenz** 1042  
statt, wozu jedermann herzlich eingeladen wird.

**Methodistenkirche Nagold**

Freundliche Einladung zu unseren

**Erntedankfest-  
Gottesdiensten**

am Sonntag, den 16. Oktober 1932

Vorm. 9.30 Uhr: **Festpredigt**  
Thema: „Reiche Lebensernte“

Nachm. 2.00 Uhr: **Erntedankfestfeier.**  
(Deklamationen, gemischte und  
Kinderchöre, Singspiele, ernste  
und frohe Gedichte) 1040

Jedermann herzlich willkommen / Eintritt frei!

Samstag und Sonntag 1055



**Metzelsuppe**

wozu höfl. einlabet

**Fam. Schweikle z. Bahnhofswirtschaft.**  
Waldorf 1051

Zur Kirchweih

**Metzelsuppe mit la neuem Wein.**  
Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.

**Karl Walz zum „Adler“**

**Ebhausen**  
Kirchweihsonntag und Montag



**Schlachtplatte**

wozu höfl. einlabet 1057

**Hausler z. „Einde.“**

Waldberg 1002

Am Kirchweihmontag



**große Hunde-Schau**  
im Gasthaus zum „Löwen“

**Die Konsumvereine sind die Lösung für die wirtschaftliche Lage!**



Das geben selbst unsere Gegner zu, und weil  
sie die steigende wirtschaftliche Bedeutung der  
Konsumvereine zu fürchten beginnen, rufen sie  
zu Gegenaktionen.

Genossenschaftler, laßt Euch nicht irre machen!  
Haltet fest an den als richtig erkannten Zielen!  
Eure Kaufkraft ist Euer wirksamstes Mittel im  
Dienste einer besseren Wirtschaftsform. Ver-  
wendet also Eure Kaufkraft folgerichtig zu  
eigenem Nutzen, indem Ihr

**GEG-PRODUKTE**  
kauft.

**Bange machen gilt nicht!**

Wegen eines Auto- oder Eisenbahnunfalles  
wird noch lange nicht das Auto- oder Eisen-  
bahnfahren eingestellt. Es besteht keinerlei  
Anhaltspunkt dafür, daß die Mitglieder un-  
serer Genossenschaft jemals mit dem Ge-  
schäftsanteil oder der Haftsumme in An-  
spruch genommen werden, somit also auch  
keine Aussicht, durch uns jemals Geld zu  
verlieren. Daß das eigene Unternehmen  
— und ein solches ist der Konsumverein —  
von den Mitgliedern selbst finanziert wer-  
den muß, liegt auf der Hand.

**Verbraucher! Nun erst recht:  
Hinein in den Konsumverein!  
Deckt Euren ganzen Bedarf  
bei uns!**

**Konsum- und Spar-Verein Nagold und Umgegend e. G. m. b. H.** 1050

